

Handout zu:

Heiner Keupp (2003): „Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros u.Ä. – Chancen und Restriktionen“

Eine Gesellschaft im Wandel

Keupp beginnt seine Analyse der gegenwärtigen Bewegungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements mit der Feststellung, dass diese sich in einer Zeit eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels bewähren müssen. Vor allem die westlichen Gesellschaften erleben zu dieser Zeit einen Schub in Richtung Modernisierung, Pluralisierung, Globalisierung und nicht zuletzt Individualisierung. Natürlich bleibt das soziale Engagement davon nicht unberührt.

Veränderte Lebenslagen der Individuen erfordern für sie entsprechend neue Möglichkeiten, sich sozial zu engagieren. Keupp stellt hier fest, dass die traditionellen Milieus mit ihren eher festen, traditionellen Engagement-Strukturen keinen ausreichenden Lösungsvorrat mehr besitzen, um die zunehmend selbstbestimmteren Individuen zufriedenzustellen. Der zentrale Punkt ist also die Verknüpfung zwischen den (verschiedensten) Motiven und Bedürfnissen der Individuen, und den Gelegenheitsstrukturen die sie vorfinden, um ebendiese Motive und Bedürfnisse zu bedienen.

Kein Rückgang der Hilfsbereitschaft trotz gesellschaftlicher Veränderungen

Obwohl die Teilnahme an traditionelleren Formen des Engagements (aus oben erwähnten Gründen) abnimmt, stellt Keupp über die letzten zehn Jahre eine Zunahme von 5% beim Gesamtengagement fest. Die Quantität der Hilfeleistungen ist also nicht geschrumpft, allerdings hat sich die *Art* der Beteiligung verändert: Es sind nun weniger kontinuierliche, als vielmehr themenspezifische, projektorientierte Arten des Engagements, die Interessentenzuwachs verzeichnen können.

Bisherige Reaktionen auf ein verändertes soziales Umfeld

Gestützt auf diese Erkenntnis sucht Keupp nach Formen des sozialen Engagements, die kompatibler sind mit individualisierteren Lebensstilen, und somit empfänglicher für neue Arten der Beteiligung. Er findet sie in fünf Ausprägungen:

- Selbsthilfegruppen und Kontaktstellen
- Familienselbsthilfe
- Seniorenbüros
- Freiwilligenagenturen
- Agenda-21-Initiativen

All diesen Engagement-Formen ist gemeinsam, dass sie sich an den konkreten Interessen der Freiwilligen orientieren, statt schlicht ein Grundangebot an Hilfen anzubieten und dieses so auszuweiten, dass möglichst viele sich angesprochen fühlen. Gerade dies führt jedoch zum Problem, dass die Planungssicherheit solcher Einrichtungen leidet, und meist nicht über ein Jahr hinausreicht. Dazu kommt ein eher diffuses Bild der gewünschten Engagementkultur, dass noch zu wenig in Öffentlichkeit und Politik verankert wird. Dies führt schliesslich zu zögerlichen Fördergeldzusprüchen und zu finanziellen Engpässen in den meisten dieser Organisationen.

Nichtsdestotrotz haben alle diese Engagementformen Erfolge vorzuweisen. Um den finanziellen Problemen etwas Abhilfe zu schaffen, plädiert Keupp für eine Bündelung des bisher Erreichten, statt weiterer Ausdifferenzierungen, die ihrerseits wieder schwer zu überblicken und zu finanzieren wären.

Qualitätsstandards für die kommunale Infrastruktur

Aus der Vorstellung und Untersuchung der fünf Organisationsformen leitet Keupp anschliessend Qualitätsstandards ab, an denen eine kommunale Infrastruktur (im Hinblick auf die Tauglichkeit für neue Freiwilligenorganisationen) gemessen werden sollte und an denen sie sich orientieren kann.

Im Bereich der Tätigkeit geht es hier vor allem um die Beratung: Einerseits diejenige von Individuen, die nach Möglichkeiten suchen sich zu engagieren, andererseits von Organisationen, die noch mehr dieser Möglichkeiten bieten möchten.

Im Bereich der institutionellen Arrangements wird der Akzent vor allem auf die Schaffung eines politisch förderlichen Klimas und die Kooperation mit Bildungswerken wie auch der Kommunalverwaltung gelegt.

Schliesslich ist auch die Verknüpfung auf Landesebene und nationaler Ebene zu beachten.

Ein Plädoyer für die Empowerment-Perspektive

Als eine Art Fazit plädiert Keupp für einen Perspektivenwechsel. Er kritisiert dabei die bestehende Sozialpolitik, die vorliegend kurativ funktioniert: Erst wenn Unrechtes getan wurde, schreitet der Staat ein (teilt einem Verbrecher beispielsweise einen Psychologen zu) und glättet die Wogen. Diesem Vorgehen stellt Keupp einen Umgang mit Individuen gegenüber, der sie mehr zur Selbsthilfe *ermächtigen* soll, und dies nicht erst wenn es zu spät ist, sondern bereits begleitend wenn Anzeichen von Schwierigkeiten auftreten.

Damit ein Individuum aber bei Bedarf auch Anlauf findet, werden entsprechende Strukturen, wie sie Keupp vorgestellt hat, benötigt. Ihr ständiger Zuwachs an Mitgliedern zeigt, dass hier wohl bereits ein guter Weg eingeschlagen wurde.